

Der Generationenvertrag könnte noch in unserer Generation zu Grabe getragen werden

Die Pensionsverunsicherung droht

Das traditionelle Seminar des Versicherungsverbandes in Fuschl, Salzburg, stand heuer ganz im Zeichen der Zukunft der Altersvorsorge in Österreich.

Die Spitzen der österreichischen Versicherungswirtschaft ließen sich von deutschen und österreichischen Wissenschaftlern bestätigen, daß angesichts der absehbaren dramatischen Entwicklung der staatlichen Pensionsversicherung verstärkte Eigenvorsorge unabdingbar sein sollte.

Der Sozialwissenschaftler Bernd Marin verdeutlichte die prekäre Situation der staatlichen Pensionsversicherung mit einigen markigen Aussagen und desillusionierenden Statistiken. Die staatliche Pensionsversicherung erwecke durch das jüngste „Reformchen“ den Eindruck, daß ohnedies alles in Ordnung sei. Bis zum Jahr 2008 stimme das auch, doch „dann schlägt der Hammer zu, und noch in unserer Generation wird der Generationenvertrag zu Grabe getragen“.

Verantwortlich dafür sind

die Überbeanspruchung und die „Ausnutzung“ des Systems, die im Verhältnis zu den geleisteten Prämien zu hohen Pensionszahlungen und die zunehmende Überalterung der Österreicher.

Während die Österreicher 1970 im Schnitt mit 19 Jahren in ein 44jähriges Berufsleben gestartet sind, um dann mit 63 in Pension zu gehen und eine Restlebenserwartung von 14 Jahren zu haben, waren die Voraussetzungen des Systems 20 Jahre später (1990) wesentlich ungünstiger: Berufseintritt mit 22 Jahren, dann berufliche Tätigkeit von nur mehr 36 Jahren, Pensionsantritt mit durchschnittlich 58, und das bei einer auf 81 Jahre gestiegenen Lebenserwartung.

Bei Anhalten dieses Trends, wäre es laut Marin spätestens im Jahr 2070 so weit, daß der Berufseintritt mit dem Beginn der Pension zusammenfiele. Schon jetzt seien die Österreicher Weltmeister in der Frühpensionierung. Während bei den 60jährigen in Österreich nur mehr zehn von 100 berufstätig seien, betrage der entsprechende Anteil in Skandinavien 60 bis 70 Prozent.

Sollten weiterhin keine Sanierungsmaßnahmen in der Pensionsversicherung gesetzt werden, dann werde es nur die Wahl zwischen folgenden drastischen Möglichkeiten geben, um zumindest das heutige Niveau aufrecht zu erhalten, warnte Marin:

- Wir müßten an Steuern und Abgaben rund zwei Drittel unseres Einkommens leisten oder
- das Pensionsalter auf zumindest 66 Jahre anheben oder
- die Pensionen auf 24 Prozent (!) der Activeinkommen reduzieren.

Marin präsentierte dann ein Bündel von Maßnahmen, die das System (und damit die Pensionen) retten könnten: dazu gehören die Berechnung der Pension nach dem durchschnittlichen Activeinkommen (und nicht nach den 15 „besten Jahren“), eine „ausreichende Anzahl von Versicherungsjahren“ (also höheres Pensionsalter), die Reduzierung der Mehrfachpensionen (kosten schon 65 Milliarden Schilling), eine systementsprechende Behandlung der Ersatzzeiten, eine Harmonisierung von ASVG- und Beamtenpensionen sowie das

Forcieren von Gleit- und Teilarbeitspensionen.

Professor Klaus Heubeck (dessen Institut in Köln und Wien vor allem Unternehmen in Pensionsfragen berät) empfiehlt den massiven Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge und der Eigenvorsorge. Anders als die betriebliche Vorsorge werde die private Vorsorge in Österreich praktisch nicht gefördert. Zielführend wären eine weitgehende Steuerbefreiung von zweckgebundenen Beiträgen für die private Lebensversicherung und stattdessen eine Besteuerung der späteren Versicherungsleistungen.

Namens der heimischen Versicherer plädierte der Vorstandsvorsitzende der Bundesländer-Versicherung und Vorsitzende der Sparte Lebensversicherung im Versicherungsverband, Walter Petrak, für eine steuerliche Förderung der Eigenvorsorge (aber nicht innerhalb des bestehenden Sonderausgabenrahmens) und forderte neuerlich die Abschaffung der Versicherungssteuer auf Lebensversicherungen von vier Prozent.

Matthäus Kattinger